

### Stamp: Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz

Die CDU hat beschlossen, im Staatsbürgerschaftsrecht zur sogenannten Optionspflicht zurückkehren zu wollen. „Ein falscher Beschluss“, wie FDP-Integrationsexperte Joachim Stamp findet. EU-Bürger und Schweizer, so Stamp, könnten den Doppelpass erhalten, ebenso alle, die von ihren Heimatländern nicht aus der Staatsbürgerschaft entlassen werden. Die FDP wolle, „dass türkische Einwanderer nicht anders behandelt werden als Marokkaner, als Schweizer oder als Bulgaren“. Im Landtag warb Stamp für ein Einwanderungsgesetz, das alle Wege der Zuwanderung zusammen denkt und Einwanderung nach unseren Interessen steuert.

→ [FDP-Entschließungsantrag: Qualifizierte Einwanderung ermöglichen und vernünftig steuern](#)

### Freie Demokraten wählen Bundespräsidenten

Am 12. Februar 2017 wählt die Bundesversammlung einen neuen Bundespräsidenten. Aus NRW entsendet die FDP-Fraktion eine Delegation von Landtagsabgeordneten und Persönlichkeiten wie Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und Präsident der Handwerkskammer zu Köln, Britta Heidemann, Olympiasiegerin im Fechten, Mitglied der Athletenkommission des IOC und China-Expertin, sowie den erfolgreichen Startup-Gründer, Digitalexperten und Juror der Sendung „Die Höhle der Löwen“, Frank Thelen.

→ [FDP-Fraktion benennt Delegierte zur Bundesversammlung](#)

### Lindner: Griechische Verhältnisse am Rhein

Trotz Rekordsteuereinnahmen von fast 60 Milliarden Euro und eines historisch niedrigen Zinsniveaus legt die rot-grüne Landesregierung für 2017 einen weiteren Schuldenhaushalt vor. Seit 2010 ist der Schuldenberg des Landes damit um 19 Milliarden auf 143 Milliarden Euro gewachsen. „Das ist die Schlussbilanz des Kabinetts Kraftkakis“, kritisiert FDP-Chef Christian Lindner, der in der Generaldebatte zur Verabschiedung des Landeshaushaltes 2017 „von griechischen Verhältnissen am Rhein“ spricht. Lindner: „Nicht in schlechten Zeiten ruiniert man den Haushalt, sondern in guten Zeiten, weil nicht ausreichend Vorsorge getroffen wird. Für diese politische Weisheit ist die rot-grüne Landesregierung das Schulbeispiel.“ Die Kaufkraft der Menschen liege in Folge einer „notorischen Wachstumsschwäche“ unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die Landesregierung schrecke Unternehmen durch das Tarif-treue- und Vergabegesetz, den Landesentwicklungsplan und das Landeswassergesetz ab – sie habe sich in den „grünen Lianen eines Paragrafenschungels verfangen“. Die Freien Demokraten fordern von der Landesregierung größere Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung, um Spielraum zu schaffen für dringend notwendige Qualitätsverbesserungen beim Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur bei Land und Kommunen sowie für bedarfsgerechte hochwertige Angebote von der frühkindlichen Bildung bis hin zur universitären Ausbildung.

→ [Video zur Plenarrede von FDP-Fraktionschef Lindner](#)



Erst stehen Autos still,  
dann ein ganzes  
Land.

Am 20. September 2016 haben die SPD-Minister Groschek, Duin und Walter-Borjans mit der IHK NRW und dem DGB NRW das „Bündnis für Infrastruktur“ gestartet. Viele Repräsentanten aller Branchen der NRW-Wirtschaft haben sich dem Ziel verschrieben, Planung und Umsetzung von Verkehrsprojekten zu beschleunigen und die gesellschaftliche Akzeptanz für eine leistungsfähige Infrastruktur zu erhöhen. Die Grünen haben sich von der Initiative „Bündnis für Infrastruktur“ distanziert und es nicht als die Politik der Landesregierung bezeichnet. Die FDP fordert die Landesregierung nun auf, sich dem „Bündnis für Infrastruktur“ per Kabinettsbeschluss anzuschließen. FDP-Verkehrsexperte Christof Rasche warnt: „Ohne eine intakte und bedarfsgerecht ausgebaute Infrastruktur sind Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung nicht dauerhaft zu gewährleisten.“

→ [Christian Lindner bei Facebook zum Stillstand in NRW](#)

→ [FDP-Antrag: Bündnis für Infrastruktur darf keine SPD-Show bleiben](#)

→ [Video zur Plenarrede von Christof Rasche](#)

### Weitere Initiativen der FDP-Landtagsfraktion

**Fairness-Abkommen:** Die Freien Demokraten in NRW schlagen ein Fairness-Abkommen für die Landtagswahl vor. „Die Freien Demokraten machen sich für eine politische Kultur stark, die die Unterschiede herausarbeitet, aber deren Ziel nicht die persönliche Vernichtung des politischen Gegners ist“, begründet Fraktionschef Lindner den Vorstoß.

→ [Mehr Informationen zur FDP-Initiative für ein Fairness-Abkommen](#)

**Überstunden kompensieren:** Personalknappheit bei wachsender Aufgabenfülle im öffentlichen Dienst hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass ganz erhebliche Überstundenberge aufgewachsen sind. Von den Überstundenbergen besonders betroffen ist die Polizei. Die FDP will, dass der Überstundenanspruch rechtssicher zu einem späteren Zeitpunkt durch Freizeitausgleich zurückgegeben wird.

→ [FDP-Antrag: Landesregierung muss Überstundenberge vor Verfall schützen](#)

**Digitalisierung fördern:** Ab 1. Januar 2017 sollen die Hochschulen für Literatur, die im Intranet der Hochschule zum Zwecke der Lehre und Forschung eingestellt wird, der VG WORT Gebühren zahlen. Das sieht der Rahmenvertrag der Kultusministerkonferenz der Länder und der VG WORT vor. Die Hochschulen lehnen diesen Vertrag ab. Die FDP fordert die Landesregierung auf, neu zu verhandeln.

→ [FDP-Antrag: Digitalisierung der Lehre nicht ausbremsen](#)

### FDP will Schulvielfalt vor Ort stärken

Über die Attraktivität einer Kommune entscheidet auch ein wohnortnahes und vielfältiges Schulangebot. Aufgrund rückläufiger Schülerzahlen stehen aber vor allem weiterführende Schulangebote in vielen Kommunen zur Disposition. Die FDP-Fraktion fordert die Landesregierung nun auf, diese Standortfrage zu klären. Für Schulträger kann eine Absenkung der Mindestschülerzahl pro Klasse und damit der jeweiligen Bandbreite zur Klassenbildung eine deutliche Entlastung bedeuten. Es können Schulangebote gesichert werden, die ansonsten im Zuge der demographischen Entwicklung trotz bestehender Elternnachfrage in ihrer Existenz bedroht wären, heißt es in einem entsprechenden Antrag.

→ [FDP-Antrag: Vielfältiges Schulangebot stärken](#)

→ [FDP-Entschließungsantrag: Beste Schulen langfristig sicherstellen](#)